

Wann hat der Kalte Krieg begonnen?

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **33 (1954)**

Heft 7

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336818>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wann hat der Kalte Krieg begonnen?

Der Fall Karpathorußland

Die Frage, *wann* der Kalte Krieg begonnen hat, hängt sehr wesentlich mit der weiteren zusammen, *wer* ihn begonnen hat, und darum beansprucht die Beantwortung dieser Frage mehr als bloß historisches Interesse. Hat der Kalte Krieg zwischen der kominformistischen und kominformisierten Welt einerseits und der übrigen Welt andererseits in dem Augenblick eingesetzt, als im Sommer 1947 Molotow in Paris das an alle Länder Europas gerichtete Angebot amerikanischer Hilfe brüsk zurückwies und der Kreml der tschechoslowakischen Regierung verbot, auch nur in Verhandlungen über den Marshall-Plan einzutreten? Datiert er seit Schdanows Kampfansage an die «amerikanischen Imperialisten und Kriegshetzer» und deren «sozialfaschistische Lakaien» Attlee, Blum und Schumacher auf der Gründungstagung der Kominform im September 1947?¹ War die Reaktivierung der 1943 zur Täuschung der anglo-amerikanischen Verbündeten zum Schein und auf dem Papier aufgelösten Komintern in Form der Kominform nur der äußere Ausdruck einer in der kommunistischen Politik längst vollzogenen Wandlung oder leitete sie diese Wandlung erst ein? Oder haben jene recht, die den Kalten Krieg mit der Verhaftung und Aburteilung der unter der Zusicherung freien Geleites und unter dem Vorwand von «Verhandlungen» über die Umbildung der polnischen Regierung nach Moskau gelockten sechzehn Führer der polnischen Untergrundbewegung im März 1945 eröffnet sehen? Uns scheint, daß man noch um einige Monate zurückgehen muß bis zum November 1944, als der Kreml unter Bruch aller feierlichen Versprechungen sich *Karpathorußland*, den östlichen Teil der Tschechoslowakei, einverleibte und damit dem Westen zu verstehen gab, daß Verträge für die Kommunisten den gleichen Wert haben wie für Hitler, nämlich keinen mehr, sobald ihr einziger Zweck, den Partner zu täuschen, erfüllt ist. Man hat es damals dem Westen zu verstehen gegeben, aber er hat es nicht begriffen . . .

¹ Es verdient in diesem Zusammenhang vermerkt zu werden, daß von den 18 Delegierten der neun Kommunistischen Parteien, die an der Gründungstagung des Kominform teilnahmen, sechs, also ein volles Drittel, inzwischen als «Agenten des amerikanischen Imperialismus» entlarvt wurden. Es sind dies die beiden Jugoslawen *Kardelji* und *Djilas*, die beiden Tschechoslowaken *Slansky* und *Bastovansky*, der eine der beiden Polen (*Gomulka*) und *Anna Pauker*. Zwei der damals anwesenden Kommunisten sind inzwischen gestorben, einer von ihnen (*Schdanow*) unter mysteriösen Umständen.

Was sich Ende 1944 und Anfang 1945 in dem vergessenen Erdenwinkel am Südfuße der Karpathen zugetragen hat, ist der nicht unmittelbar beteiligten Welt nahezu ganz verborgen geblieben, teils weil ihre Aufmerksamkeit damals von weit größeren Ereignissen gefangengenommen war, teils weil Kräfte am Werk waren, die Geschehnisse im Verborgenen zu halten. Und doch verdient diese sowjetische *Generalprobe für spätere Aktionen* in allen Einzelheiten bekannt zu werden. Es sei darum versucht, die entscheidenden Tatsachen auf Grund des inzwischen bekanntgewordenen Quellenmaterials zusammenzufassen.

Das Gebiet, das in der tschechoslowakischen Rechtsordnung den nicht ganz zutreffenden Namen «Karpatorußland» trug — die Mehrheit der Bewohner spricht ukrainisch —, gehörte bis 1919 zu Ungarn und wurde im Friedensvertrag von Trianon der Tschechoslowakei zugeschlagen. Die etwa 700 000 Einwohner des Gebietes lebten stets in größter Armut, die durch das tschechoslowakische Regime der Zwischenkriegsjahre etwas gemildert, aber bei weitem nicht beseitigt wurde. 1921 war die Hälfte der Bevölkerung des Landes und Schreibens unkundig, 1930 immer noch 30 Prozent. Durch den von Ribbentrop und Ciano gefällten ersten Wiener Schiedsspruch (November 1938) war der südliche Teil des Landes wieder an Ungarn gekommen. Am 15. März 1939 besetzten ungarische Truppen mit Hitlers Zustimmung den Rest des Gebietes, das bis 1944 neuerlich als Teil Ungarns verwaltet wurde.

Die Sowjetunion verspricht Nichteinmischung

Inzwischen hatte Großbritannien, gefolgt von der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, Dr. *Eduard Benesch* wieder als Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik anerkannt und der von ihm in dieser Eigenschaft ernannten Regierung die vollen Rechte eines kriegführenden Verbündeten zugesprochen. Während die britische Regierung der Anerkennung Dr. Benesch als Präsidenten der Vor-Münchener-Tschechoslowakei, also der Tschechoslowakei, der auch Karpatorußland angehörte, die Einschränkung beifügte, daß sie sich während des Krieges auf keine bestimmte Grenzziehung festlegen könne, ging die Sowjetunion, wohl um sich als der einzige kompromißlose Anwalt slawischer nationaler Aspirationen aufzuspielen, damals um einen Schritt weiter. Der Kreml unterstrich nach dem Juni 1941 mehrmals, daß er die Tschechoslowakei in ihren Vor-Münchener-Grenzen, also einschließlich Karpatorußlands, anerkenne. Dr. *Benesch* sagte darüber am 8. August 1942 im Londoner Rundfunk:

«Die Sowjetregierung hat mich ermächtigt, Euch mitzuteilen und zu erklären, was mir Herr *Molotow* bestätigt hat: die Sowjetregierung hatte

nichts mit München zu tun, . . . sie erkennt daher nicht an, was dort in bezug auf die Tschechoslowakei geschehen ist, ebensowenig, was die Auswirkung dieser Politik in den Jahren 1938 und 1939 war . . . Sie steht hinter den Vor-Münchner-Grenzen der Tschechoslowakei.»

Diese Erklärung hat Dr. Benesch einige Male wiederholt, insbesondere als gelegentlich seines Besuches in Amerika (1943) unter den Amerikanern karpathorussischer Abstammung Besorgnisse laut wurden, daß die Sowjetunion Ansprüche auf Karpathorußland erheben könnte. Der am 12. Dezember 1943 in Moskau im Beisein Dr. Benesch's unterfertigte «Freundschaftsvertrag» zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei sagt in Artikel 4:

«Die Hohen vertragschließenden Parteien . . . sind übereingekommen . . . im Einklang mit folgenden Grundsätzen zu handeln: gegenseitige Respektierung der Unabhängigkeit und Staatshoheit sowie *Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates.*»

In seinem Bericht über den Vertragsabschluß an den in London tagenden Staatsrat (3. Februar 1944) bemerkte Benesch zu dieser Frage:

«Wenn wir über die Slowakei und Karpathorußland (in Moskau) sprachen, behandelten wir das . . . nur als Fragen unserer Innenpolitik.»

Als die Rote Armee an der alten polnisch-tschechoslowakischen Grenze an den Karpathen stand, wurde am 8. Mai 1944 eine Abmachung zwischen der Sowjetregierung und der tschechoslowakischen Auslandsregierung abgeschlossen, in der davon die Rede war, daß für die von der Roten Armee befreiten tschechoslowakischen Gebiete ein Regierungsdelegierter ernannt werden wird, der die Londoner Auslandsregierung vertreten, die tschechoslowakische Verwaltung wiederherstellen und aus der Mitte der Bevölkerung tschechoslowakische bewaffnete Streitkräfte bilden sollte. Artikel 6 dieser Abmachung lautete:

«Sobald irgendein Teil des befreiten Gebietes aufhört, Schauplatz von kriegerischen Operationen zu sein, übernimmt die tschechoslowakische Regierung dort den Vollzug der öffentlichen Gewalt im vollen Umfang . . .»

Hier war also der Sowjetregierung Gelegenheit gegeben, zu zeigen, wie sie den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates, auf den sie sich verpflichtet hatte, in die Praxis umsetzt.

Moskaus erstes Veto

Zum Delegierten der Londoner tschechoslowakischen Regierung für die befreiten Gebiete war der tschechische sozialdemokratische Minister František Němec ernannt worden, der im Juli 1944 mit einem kleinen Beamtenstab nach

Ostgalizien abflog, um dort auf die Stunde des Einsatzes zu warten. Am 27. Oktober traf er in der Stadt Chust ein, die zu dem damals von der Roten Armee besetzten Teil Karpathorußlands gehörte. Irgendwelche Regierungsfunktionen auszuüben, wurde ihm zunächst durch den Hinweis verwehrt, daß Chust noch in der Kampfzone liege. Die Londoner Regierung bemühte sich darum, Nĕmec die Funkverbindung mit ihr zu ermöglichen; ein amerikanisches Flugzeug sollte einen Sender und eine neunköpfige Bedienungsmannschaft an Ort und Stelle schaffen. Sie suchte um die russische Zustimmung dazu sowie zu einer Reise des Oberbefehlshabers der tschechoslowakischen Auslandsarmee, General Ingr, nach Karpathorußland an. Hier stieß sie auf das erste russische Veto. Der tschechoslowakische Gesandte in Moskau, Zdenek *Fierlinger* (der von 1930 bis 1932 Gesandter in Bern war), telegraphierte darüber am 3. November 1944 nach London²:

«Zorin (damals Beamter des sowjetischen Außenministeriums) bemerkte gleich, daß die Führung der Roten Armee der Landung eines fremden Flugzeugs in der Operationszone nicht zustimme. Darum rät er, den Sender über Teheran zu schicken, von wo er von Sowjetflugzeugen auf unser Gebiet gebracht werden würde. Ich fragte ihn bei dieser Gelegenheit, wie es mit der von uns verlangten übertragbaren Radiostation stehe... Zorin erwiderte, es handle sich hier um Material, das immer sofort der Armee zur Verfügung gestellt werde, so daß es im Augenblick nicht auf Lager sei. Darum sei auch nichts vorgekehrt worden... Zu Ingrs beabsichtigter Reise stellte Zorin fest, daß Ingr aus den erwähnten Gründen über Teheran fahren und von dort Sowjetflugzeuge benützen müßte.»

Was sich inzwischen im Lande selbst begab, hat Nĕmec einem tschechischen Journalisten erzählt³:

«Zunächst gab es keine Andeutung, daß das Land nicht ein untrennbarer Bestandteil der tschechoslowakischen Republik bleiben sollte. Bald nach seiner Ankunft sprach ich gemeinsam mit Turjanica, dem kommunistischen Vorsitzenden des karpathorussischen Nationalrats, in einer großen Versammlung in Chust, der provisorischen Hauptstadt. Turjanica sprach herzlich und entschieden über die Einheit der Tschechoslowakischen Republik... Binnen einiger Tage nahmen die Kommunisten aber eine ganz andere Haltung an, wobei sie einer plötzlich begonnenen systematischen Kampagne des sowjetischen Senders Kiew folgten, der die Tschechoslowa-

² Die hier abgedruckten Dokumente sind den 1948 in Prag erschienenen Memoiren von Zdenek Fierlinger entnommen, die nur einige Tage im Buchhandel erhältlich waren. Obwohl sie den Sachverhalt zugunsten der Sowjetversion verfälschen, hatte der Verfasser das nicht gründlich genug besorgt, um sein Buch vor dem Eingestampftwerden zu retten.

³ Josef Josten, *Oh, My Country*, London 1949.

kei angriff und die *Abtrennung Karpathorußlands* verlangte, das in die Lage versetzt werden sollte, sich den Sowjetrepubliken anzuschließen.»

Die Sowjetstellen begannen daraufhin sofort mit der Aushebung von karpathorussischen «Freiwilligen» für die Rote Armee — auf dem Boden eines fremden Staates. Dem tschechoslowakischen Militärbevollmächtigten in Moskau, General *Pika* (der 1949 in Prag zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde) war es gelungen, darüber nach London zu berichten. *Benesch* drahtete deswegen an *Fierlinger*:

«Am 13. November machte ich *Lebedew* (den Sowjetgesandten bei der tschechoslowakischen Regierung) . . . auf die unmögliche Vorgangsweise der sowjetischen Militärbehörden bei der Rekrutierung von Freiwilligen auf unserem Gebiet aufmerksam . . . Wir verstehen den jetzigen Vorgang nicht; das macht uns große Schwierigkeiten und ruft für uns politische Komplikationen hervor. *Lebedew* wußte davon nichts . . . Aber schon am 14. meldete er sich bei mir mit einer Botschaft von *Molotow* . . . Dieser verlangte, daß wir nicht auf der Entlassung der schon aufgenommenen Freiwilligen bestehen und uns nicht gegen die Aufnahme von Freiwilligen in die Rote Armee stellen sollen. Ich habe ihm wiederholt, was uns das für Schwierigkeiten bereitet und noch bereiten kann und wie das in London hier mißbraucht würde, wenn es an die Öffentlichkeit käme. Ich verlangte daher eine Erledigung der ganzen Sache ohne Streit und Lärm. Auf der Sache müssen wir aber beharren.»

Fierlinger wurde von *Benesch* beauftragt, neuerlich zu intervenieren, wobei er andeutete, daß man sich wegen der schon vollzogenen Rekrutierungen irgendwie einigen könnte. *Fierlinger*, der in Wirklichkeit mit dem Kreml im Bunde war, sandte eine hinhaltende Antwort, derzufolge sich «alles einrenken» würde — er vergaß nur hinzuzufügen, in welchem Sinne. Wie man sich das «Einrenken» offenbar vorstellte, geht aus dem folgenden in der Wiedergabe undatierten Bericht *Němec*' hervor:

«Wegen der Rekrutierungen in die Rote Armee habe ich schriftlich und mündlich beim Abschnittskommandanten mit dem Hinweis darauf interveniert, daß ein Eintritt in eine fremde Armee nach unseren Gesetzen nur mit Zustimmung des Präsidenten erfolgen kann. Kommandant *Petrow* erwiderte, daß er mir den Befehl über die Rekrutierung nur zur Kenntnis gegeben habe und daß er im Einklang mit den Sowjetgesetzen vorgehe.»

Am 18. November sandte *Benesch* wieder eine telegraphische Beschwerde an *Fierlinger* wegen der Rekrutierungen für die Rote Armee und der offenen Agitation für den Anschluß an die Sowjetunion. *Fierlinger* sabotierte die ihm erteilten Aufträge weiter und machte sich in seiner Antwort vom 19. November wieder zum Sprachrohr der Moskauer Ausflüchte:

«Bitte mir alle Umstände mitzuteilen, die auf einen gewaltsamen Charakter der Rekrutierungen für die Rote Armee hindeuten . . . Eine starke Bewegung zum Anschluß an die Sowjetunion war zu erwarten. Die Sowjetöffentlichkeit ist selbst über den herzlichen Empfang der Roten Armee überrascht . . . Ich zweifle aber, daß die Sowjetbehörden die Anschlußbewegung irgendwie unterstützen, wenn sie ihr auch nichts in den Weg legen . . . *Gottwald* ist der Meinung, daß die Sowjetbehörden spontane Kundgebungen für den Anschluß an die Sowjetunion nicht gut unterbinden können. Moskau werde uns in dieser Beziehung nicht die Polizei abgeben . . . *Vrbensky* (ein anderer tschechischer Kommunist) empfiehlt Entgegenkommen unsererseits, etwa in der Form pauschaler Genehmigung des Eintritts in die Rote Armee . . .»

Das war eine deutliche Sprache, die dem Adressaten dieser Botschaft hätte jede Hoffnung nehmen müssen, daß eine Berufung auf ein von der Sowjetunion gegebenes Wort irgendeinen Erfolg haben könnte. Nichtsdestoweniger war Fierlinger am gleichen Tag aus London aufgetragen worden, neuerdings wegen einer Funkverbindung vorstellig zu werden. Das Telegramm schloß mit einem Protest gegen die Truppenaushebungen und einem Beharren auf den Vertragsbestimmungen, «die gerade in diesen Dingen ganz eindeutig sind». Nun zögerte der Kreml nicht länger, zum Gegenangriff überzugehen und, wie so oft vorher und nachher, den Spieß umzukehren, um Benesch unmißverständlich vor Augen zu führen, daß die sowjetfreundlichste Politik in Moskau als sowjetfeindlich betrachtet wird, solange sie nicht bereit ist, die jeweiligen Wünsche Moskaus bedingungslos auszuführen. Am 22. November berichtete Fierlinger nach London über eine Unterredung mit Valerian Zorin, dem heutigen Vertreter der Sowjetunion im Sicherheitsrat. Fierlinger zufolge behauptete Zorin, die Rote Armee habe

«unter dem Druck der allgemeinen Begeisterung der Bevölkerung und der dringlichen Ansuchen von Freiwilligen um Aufnahme in die Rote Armee gehandelt . . . Er empfiehlt, die Sache mit Ruhe zu betrachten und keine überflüssige Nervosität zu äußern, die nur von Schaden sein könne. Nur so lasse sich die Sache befriedigend regeln. Ich füge hinzu, daß hier ein sehr scharfer Wind gegen unsere Delegation weht . . . Streng vertraulich kann ich mitteilen, daß im Kommissariat für Inneres behauptet wird, innerhalb der Delegation mache sich eine antisowjetische Einstellung geltend, und die Bevölkerung der Karpatho-Ukraine verhalte sich zu ihr ablehnend.»

Beneschs Befürchtungen wegen der Slowakei

Im nächsten Telegramm sprach Benesch zum ersten Male die Befürchtung aus, daß die Rote Armee einen ähnlichen unwiderstehlichen Drang zum An-

schluß an die Sowjetunion auch bei der Bevölkerung der Slowakei feststellen könnte — mit ebensoviel und ebensowenig Recht wie in Karpathorußland hätte sie das ohne weiteres auch in der Slowakei behaupten können. Beneschs Weisungen vom 27. November klingen sehr energisch, enthalten aber zwischen den Zeilen schon die Andeutung einer Rückzugslinie: man könnte sich vielleicht im Falle Karpathorußlands ins unvermeidlich Scheinende fügen und für das Versprechen, den westlichen Verbündeten die praktischen Erfahrungen mit der bisherigen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu verschweigen, eine Zusicherung von Moskau einhandeln, die karpathorussische Vorstellung nicht in der Slowakei zu wiederholen. *Benesch* drahtete:

«Die Tschechoslowakei beharrt und wird auf ihrem gesetzlichen Standpunkt und dem Vertrag beharren. Das gilt für diesen Fall und für alle folgenden während der Besetzung durch die Sowjettruppen, eventuell auch in der Slowakei. Sobald wir die Grundlage des Gesetzes und des Vertrages in irgendeiner Frage verlassen, begeben wir uns in allen Fragen auf die schiefe Ebene... Glaubt jemand in der Roten Armee oder in den politischen Kreisen, daß man ähnlich auch in der Slowakei vorgehen wird? Bitte um diskrete Erhebung dieser Sache. Heute habe ich von zwei karpathorussischen Gemeinden Ansuchen erhalten, dem Anschluß an die Ukraine zuzustimmen. Darauf gebe ich keine Antwort... Das alles wird zwischen uns auf der Friedenskonferenz besprochen werden. Vorderhand bestehen Verpflichtungen bezüglich der Vor-Münchner-Grenzen.»

Fierlinger antwortete wieder mit Gegenargumenten: «Je mehr wir auf irgendeinem streng formalen Standpunkt bestehen werden, desto ärger wird die Lage für uns werden.» *Zorin* habe ihm ausdrücklich erklärt, daß sich ähnliches in der Slowakei nicht wiederholen werde — wieso konnte er im voraus wissen, daß sich die Slowaken nicht in die Rote Armee drängen würden? Die Truppenaushebungen seien, soll *Zorin* gesagt haben, nur ein «notwendiges Entgegenkommen an die spontane Begeisterung der Bevölkerung. Es sei nicht möglich gewesen, die Freiwilligen abzuwehren, und wir müßten das verstehen.» Nicht die unverbindlichste Zusage eines Wandels war von *Zorin* zu hören. Am 6. Dezember drahtete *Ripka* aus London an *Fierlinger*, man könnte sich vielleicht auf der Grundlage einigen, daß die Assentierungen für die Rote Armee eingestellt werden und Moskau der Aufstellung tschechoslowakischer Streitkräfte zustimme, wofür *Benesch* jenen Karpathorussen, die in die Rote Armee eingetreten waren, nachträglich die Absolution geben würde. In diesem Telegramm tauchte zum erstenmal der Vorschlag auf, das karpathorussische Problem nach dem Krieg durch eine «Einigung» zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion zu lösen. Die Londoner tschechoslowakische Regierung hatte offenbar eingesehen, daß die Partie verloren war, und sie begann ein Rückzugsgefecht, durch das die definitive Entscheidung, die nur eine Ab-

tretung sein konnte, aufgeschoben würde. Benesch wollte Zeit gewinnen — Stalin wußte, daß er *faits accomplis* setzen mußte. Sein vorläufiges Ziel hatte er erreicht: der Gegenspieler beharrte nicht mehr auf der bedingungslosen Einhaltung papierener Zusagen, war aber bereit, neue entgegenzunehmen. Außerdem versprach er, über die ganze Angelegenheit zu schweigen.

Inzwischen war sowohl die Kampagne des Kiewer Senders als auch die Agitation für den sofortigen Anschluß an die Sowjetunion im Lande selbst weitergegangen. Am 1. Dezember erhielt Němec eine schriftliche Aufforderung eines «Nationalrates der Sowjetukraine», in der ihm mitgeteilt wurde, daß diese Korporation den Austritt aus dem tschechoslowakischen Staatsverband beschlossen habe. Sie breche alle Beziehungen zu Němec und dessen Stab ab und fordere ihn auf, das Land binnen dreier Tage zu verlassen. Eine an Němec am 19. Dezember nach Moskau gerichtete Weisung Beneschs bestätigte nur die Wahrheit des Schiller-Wortes, daß sich's «vom sichern Port gemächlich raten läßt»:

«Was immer geschieht, wir werden uns an den Vertrag halten und von Moskau dessen Einhaltung verlangen. Wir verzichten auf nichts und geben unsere Rechte nicht auf. Wo man uns, wie in Ihrem Fall, daran hindert, unsere Rechte geltend zu machen, stellen wir es fest, werden Beobachter und warten passiv auf die weitere Entwicklung. Es wäre ein Fehler, wenn wir Gewalt anwenden wollten. Einerseits haben wir dazu zu wenig Leute, andererseits nehmen sie jede solche Sache zum Vorwand gegen uns und mißbrauchen sie. Unseren Platz werden wir nicht verlassen und korrekt bis zum Äußersten ausharren.»

Wieder ging der Kreml zum Gegenangriff über und ließ Benesch durch Fierlinger am 21. Dezember wissen, daß er, wenn er von Moskau «Entgegenkommen» erwarte, zunächst einmal die Militärpolitik und die Außenpolitik grundlegend ändern müsse. Das hieß mit anderen Worten die Ausschaltung aller nichtkommunistischen Offiziere (also aller Berufsoffiziere) und die beschleunigte Anerkennung des Lubliner Komitees als polnische Regierung. Die alte Sowjettaktik, die Einhaltung eingegangener Verpflichtungen davon abhängig zu machen, daß die Gegenseite unbesehen Sowjetforderungen erfülle, die auf einer ganz anderen Ebene liegen, sollte also auch hier Triumphe feiern. Inzwischen hielt man Němec, dessen Anwesenheit in Karpathorußland Moskau unerwünscht war, in Moskau durch die Ankündigung zurück, er werde mit *Wyschinski* sprechen können. Diese Unterredung fand am 26. Dezember statt; am Tage darauf sprach Němec bei *Molotow* vor. Beide Interventionen führten natürlich zu gar keinem Resultat, gaben aber *Fierlinger* Gelegenheit, ohne durch irgendeinen Auftrag Beneschs gedeckt zu sein, *Molotow* gegenüber die Erklärung abzugeben, daß «Präsident und Regierung eine radikale Lösung

jetzt nicht für angezeigt halten, aber im gegebenen Augenblick bereit sind, in diesem Sinne im Geiste absoluter Freundschaft zur Sowjetunion und den Bewohnern der Karpatho-Ukraine zu handeln». Von nun an konzentrierte sich Moskau darauf, Benesch zu überzeugen, er müsse *sofort* praktische Beweise einer Bereitschaft geben, die man ihm einfach unterschoben hatte. Am 24. Dezember hatte Benesch klar und deutlich an Nĕmec und Fierlinger gedrahtet:

«Wir beharren auf dem Vertrag und auf den öffentlichen Erklärungen von sowjetischer und unserer Seite über die Vor-Münchener-Grenzen. Sonst würde sich bei den Waffenstillstandsverhandlungen und bei der Friedenskonferenz jedermann auf Kosten unseres Gebietes bedienen.»

Stalin interveniert

Moskau hatte die erste Runde schon gewonnen, denn Benesch war nur mehr darauf bedacht, an Stelle eines einseitigen Gewaltaktes eine Scheinvereinbarung zweier Partner zu setzen. Aber er hatte ungesäumt und sofort zu kapitulieren! Darum wurde jetzt die größte Kanone aufgeföhren: Benesch erhielt eine Botschaft von *Stalin*, in der es hieß:

«Heute habe ich vom Genossen (sic) Gottwald erfahren, daß die tschechoslowakische Regierung im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Karpatho-Ukraine eine Verlegenheit empfindet, da sie glaubt, daß die Sowjetregierung die Frage der Ukraine jenseits der Karpathen im Widerspruch zu dem zwischen unseren Ländern bestehenden Vertrag einseitig regeln will.

Ich muß Ihnen sagen, daß eine solche Annahme, falls sie bei Ihnen entstanden sein sollte, auf einem Mißverständnis beruht.

Die Sowjetregierung hat der Bevölkerung des Landes nicht verboten, ihren nationalen Willen zu äußern, und konnte das auch nicht verbieten. Das ist um so verständlicher, als Sie selbst mir in Moskau Ihre Bereitschaft bekanntgaben, die Ukraine jenseits der Karpathen der Sowjetunion zu übergeben, wobei ich, wie Sie sich sicher erinnern werden, meine Zustimmung dazu nicht erteilt habe. Aber daraus, daß die Sowjetregierung der Bevölkerung des Landes nicht verboten hat, ihren Willen zu äußern, geht auf keinen Fall hervor, daß die Sowjetregierung den Vertrag zwischen unseren Staaten zu brechen und die Frage der Ukraine jenseits der Karpathen einseitig zu lösen beabsichtige. Eine solche Annahme wäre für die Sowjetregierung beleidigend.

Soweit die Bevölkerung selbst die Frage aufgeworfen hat, wird man sie natürlich lösen müssen. Aber diese Frage kann nur durch ein Übereinkommen zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion noch vor der Be-

endigung des Krieges gegen Deutschland oder nach Abschluß des Krieges geregelt werden, sobald das beide Regierungen für nützlich halten . . .»

Hochachtungsvoll: *Sepp Stalin*

Daß Benesch 1943 von sich aus eine Bereitschaft erklärt haben sollte, das Land der Sowjetunion zu «übergeben», ist ziemlich unwahrscheinlich. Stalin vertraute offenkundig darauf, daß niemand es wagen würde, ihn als Lügner zu brandmarken, und er hatte sich da nicht getäuscht, denn Benesch glitt in seiner Antwort darüber hinweg. Noch merkwürdiger ist Stalins Behauptung, er hätte ein solches Angebot zurückgewiesen; das würde doch bedeuten, daß er sich über den Volkswillen hinwegzusetzen bereit war, ehe dieser sich überhaupt äußern konnte! Benesch versuchte in seiner Antwort vom 1. Februar durch verbindlichen Ton zu verdecken, daß er noch immer für einen Aufschub plädierte. Immerhin fand er den Mut, die Kampagne des Kiewer Senders aufs Tapet zu bringen und so wenigstens indirekt dem Märchen vom «Volkswillen» entgegenzutreten:

«. . . Ich bestätige Ihnen, daß in einigen unserer Kreise tatsächlich im Zusammenhang mit den Ereignissen Unruhe entstanden war; es war dies durch Ereignisse rein lokalen Charakters und der Mitwirkung rein lokaler Funktionäre geschehen. Dazu kamen einige Kundgebungen des Kiewer Senders, die in der internationalen Presse von den Feinden der Sowjetunion und der Tschechoslowakei mißbraucht wurden.»

Benesch griff Stalins Bemerkung vom «geeigneten Augenblick» auf und meinte:

«Wir würden uns wünschen, daß das nach Abschluß des Krieges mit Deutschland geschieht, das heißt sobald die Erneuerung unserer Vor-Münchener-Grenzen mit Deutschland und Polen voll gesichert ist und sobald ich Gelegenheit hatte, die Sache mit unseren entscheidenden Leuten in Prag zu besprechen.»

Dann kam ein Versprechen, das sich verhängnisvoll auswirken sollte:

«Diese Frage wird von unserer Seite nicht zum Gegenstand irgendwelcher Diskussionen oder Interventionen bei anderen Mächten gemacht werden, und wenn wir auf eine allfällige Friedenskonferenz gehen, wollen wir sie in voller Freundschaft mit Ihnen geregelt haben . . . Diese Frage wird zwischen uns nie Streitgegenstand sein.»

Als Benesch im März 1945 nach Moskau kam, versuchte er nochmals, einen Aufschub bis zum Zeitpunkt zu erreichen, da in Prag wieder ein Parlament zusammentreten konnte. Wie wir noch sehen werden, hat ihm der Kreaml nicht einmal dieses formale Zugeständnis gemacht. An dem, was *Fierlinger* über

Beneschs dieser Frage gewidmeten Verhandlungen in Moskau berichtet, ist nur *Molotows* wiederholte Zusicherung bemerkenswert, es werde «selbstverständlich» bei der alten Grenzziehung zwischen Karpathorußland und der Slowakei bleiben. Auch das sollte sich bald als eine Lüge herausstellen.

Der Vorhang fällt

Der Tragödie folgte das Satyrspiel. Am 29. Juni 1945 wurde in Moskau im Beisein Stalins ein «Vertrag» darüber unterzeichnet, daß die Karpatho-Ukraine «nach dem Willen ihrer Bewohner» mit ihrer alten Heimat, der Ukraine, vereinigt und in den Verband der ukrainischen Sowjetrepublik eingliedert wird. Die Bevölkerung hat nie jemand um ihre Meinung gefragt, und man hat es nicht einmal für nötig gehalten, eine der anderswo bewährten Schein-Volksabstimmungen zu inszenieren. Der «Vertrag» über die «Abtretung» eines längst sowjetisierten Gebietes wurde einerseits von dem inzwischen Ministerpräsident gewordenen früheren Gesandten Fierlinger sowie von Dr. Wladimir Clementis (hingerichtet im November 1952), anderseits von Molotow unterzeichnet — einen Vertreter der Sowjetukraine hatte man gar nicht erst strapaziert. Fierlinger bezeichnete dieses Dokument der Gewalt und Verlogenheit in einer Rede als einen Ausdruck slawischer Brüderlichkeit. Als man in Prag den «Vertrag» und die ihm beigefügte Landkarte zur Hand bekam, sah man, daß sich die Sowjetunion ohne jede Debatte auch noch den auf slowakischem Boden gelegenen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Čop zugelegt hatte! Auch diesen Akt «slawischer Brüderlichkeit» mußte man schweigend einstecken.

Generalprobe für spätere Aktionen?

Die Frage liegt nahe, warum die Sowjetunion in einem Zeitpunkt, in dem sie auf westliche Hilfe angewiesen war und sich darum den Anschein diplomatischer Korrektheit und Vertragstreue zu geben versuchte, sich eines so flagranten Bruches eindeutiger vertraglicher Verpflichtungen schuldig machte. Es ist tatsächlich erstaunlich, daß die Sowjetunion hier der Welt in allen Einzelheiten und mit allem Zubehör an List, Gewalt und Heuchelei ein Musterbeispiel, ja eine Generalprobe dessen vorspielte, was sie alsbald in größerem Umfange zu tun gedachte — und daß die Welt es nicht verstanden und nicht einmal zur Kenntnis genommen hat. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Sowjetpolitik hier auf zwei Motive zurückführt. Erstens hat es sich für Moskau darum gehandelt, jenseits der Karpathen risikolos Fuß zu fassen und so einen wichtigen militärischen Stützpunkt gewinnen zu können, und die zweite Erwä-

gung bestand wahrscheinlich in dem Wunsch, auszuprobieren, wie weit man sich ungestraft vorwagen durfte und wo man auf den Widerspruch der westlichen Alliierten stoßen mußte. Daß diese vor Kriegsende ebensowenig wie Benesch die Angelegenheit an die große Glocke hängen wollten, um der gegnerischen Propaganda nicht noch mehr Munition zu liefern, mag psychologisch begreiflich sein, wiewohl solche Erwägungen ja für Moskau nicht minder hätten gelten müssen. Die Haltung Dr. Benesch's war, zu Recht oder zu Unrecht, durch die Befürchtung bestimmt, daß ihm der Verbündete weiter westlich den gleichen Streich spielen könnte. Da das nicht geschah — und wenn es unterblieb, dann unterblieb es nicht wegen einer Zusage an einen Verbündeten —, wiegte er sich in Sicherheit — um so grausiger war später das Erwachen, als viel mehr auf dem Spiel stand als die Slowakei. Nackter Selbsterhaltungstrieb hätte Benesch veranlassen müssen, die westlichen Verbündeten wenigstens vertraulich über seine Erlebnisse zu informieren.

Aber schließlich war, was sich damals am Fuß der Karpathen abspielte, weder der westlichen Diplomatie noch auch der westlichen Presse ganz verborgen geblieben. Trotzdem deutet alles darauf hin, daß niemand das Wort «Karpatorußland» im Sinne hatte, als man sich am 3. Februar 1945 in Jalta an den Verhandlungstisch setzte. Stalin hatte keinen Grund, das Problem aufzuwerfen. Galt das aber auch für die anderen Verhandlungspartner? Es scheint, daß es ihnen gar nicht bewußt war, welch merkwürdiger Auftakt für die Verhandlungen auf der Krim da vorlag und daß der Kreml noch zur Zeit der Waffenbrüderschaft zwischen West und Ost durch die Unterjochung von 700 000 Bewohnern Karpatorußlands die Feindseligkeiten im Kalten Krieg gegen die freie Welt eröffnet hatte.